



Rüdiger Krause

Weiterentwicklung des Tariffreurechts

Schriften zum Bürgerlichen Recht, Band 501

116 Seiten, 2019

Print: <978-3-428-15872-0> € 49,90

E-Book: <978-3-428-55872-8> € 44,90

Print & E-Book: <978-3-428-85872-9> € 59,90

Das öffentliche Beschaffungswesen umfasst schätzungsweise 400 Milliarden Euro pro Jahr. Dabei spielt die sog. »strategische Vergabe«, mit der u.a. soziale Ziele verfolgt werden sollen, seit der Vergaberechtsreform von 2016 zur Umsetzung des Richtlinienpakets der Europäischen Union zum Vergaberecht von 2014 eine immer größere Rolle. Die vorliegende Untersuchung lotet vor dem Hintergrund dieser Veränderung, der neueren Judikatur des EuGH zum Vergaberecht sowie der Reform der Arbeitnehmerentsenderichtlinie von 2018 aus, ob und welche neuen Spielräume für eine Weiterentwicklung des Tariffreurechts im Sinne einer landesgesetzlich vorgeschriebenen Bindung an repräsentative Tarifverträge entstanden sind. Hierbei kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass für die Anordnung einer solchen Bindung die Bundesländer grundsätzlich zuständig sind und insbesondere im Hinblick auf die Koalitionsfreiheit und die Berufsfreiheit keine verfassungsrechtlichen Bedenken entgegenstehen. Darüber hinaus wäre eine entsprechende Gesetzesinitiative auch unionsrechtlich unter dem Blickwinkel des Vergaberechts ebenso wie des Arbeitnehmerentsenderichts zulässig.

Inhalt

A. Themenstellung

B. Einordnung des Vorhabens in die Struktur des Vergabeverfahrens: Leistungsbeschreibung — Eignungs- und Ausschlussprüfung — Zuschlagskriterien — Ausführungsbedingungen

C. Kompetenz des Landesgesetzgebers: Tariffreue-Entscheidung des BVerfG als Ausgangspunkt — Neue Strömungen im Schrifttum — Würdigung

D. Vereinbarkeit mit der Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG): Vorbemerkungen — Gegenstand und Kernaussagen der Tariffreue-Entscheidung des BVerfG — Individuelle negative Koalitionsfreiheit — Kollektive Koalitionsfreiheit

E. Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 GG): Eingriff in den Schutzbereich der Berufsfreiheit — Rechtfertigung des Eingriffs in die Berufsfreiheit

F. Weitere verfassungsrechtliche Wertungen: Gleichheitssatz (Art. 3 Abs. 1 GG) — Demokratieprinzip

(Art. 20 Abs. 1 GG) — Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG)

G. (Keine) Verdrängung durch Bundestarifrecht

H. Vergaberechtliche Zulässigkeit: Anwendbare Maßstäbe — Hinreichende Verbindung zum Auftragsgegenstand — Einhaltung von Gleichbehandlungsgebot und Diskriminierungsverbot — Einhaltung des Transparenzgebots — Wahrung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes

I. Vereinbarkeit mit dem Arbeitnehmerentsenderecht: Sachverhalt und Kernaussagen des Ruffert-Urteils des EuGH — Folgeentscheidungen des EuGH und Konsequenzen — Änderung der Vergaberichtlinie — Änderung der Entsenderichtlinie

J. Wettbewerbsrechtliche Zulässigkeit

K. Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse

Literatur- und Sachwortverzeichnis

Bestellungen können an jede Buchhandlung oder direkt an den Verlag gerichtet werden.

Nutzung und Download von E-Books erfolgen über unsere eLibrary.

Tel.: 030/790006-0 · werbung@duncker-humblot.de · verkauf@duncker-humblot.de

www.duncker-humblot.de